

Angriff auf die Demokratie

Rückblick auf die konstituierende Landtagssitzung

ab Seite **4**

Die Linke

Fraktion im
Thüringer Landtag

18-2024

3 34 Jahre nach der Wiedervereinigung: Noch viele Herausforderungen

6 Direkt gewählt: Ulrike Grosse-Röthig und Jens Thomas stellen sich vor

12 Wie viel Umverteilung ist der Politik unsere Gesundheit wert?



**Rente,
Kinderrechte,
Schuldenbremse**

Was im Bund besser werden muss, erklären wir
ab **Seite 10**

Eine besondere Rolle

Die Landtagswahl ist fast 8 Wochen her, das Medienecho verhallt langsam und CDU, BSW und SPD verhandeln, mehr oder weniger gemeinsam, die sogenannte „Brombeer“-Koalition. Alle drei haben sie stabile Mehrheiten vor der Wahl versprochen. Doch 44 von 88 Stimmen im Thüringer Landtag bedeuten keine Mehrheit. In diese Situation gehen die drei nun bewusst. Uns als Linke kommt deshalb besondere Rolle zu, denn eine demokratische Mehrheit gibt es nur mit uns. Aber für uns ist auch klar wir sind in diesem Landtag nicht einfach die Mehrheitsbeschaffer für die Projekte einer möglichen neuen Koalition.

Wir stehen geschlossen mit zwölf Stimmen im Landtag und einer klaren Vorstellung davon, wie ein soziales, gerechtes und demokratisches Thüringen aussehen kann und muss. Mit unseren Initiativen werden wir dafür werben. Die Errungenschaften aus zehn Jahren Rot-Rot-Grün werden wir dabei mit aller Konsequenz verteidigen, das ist klar. Unsere Zustimmung zu Haushaltsbeschlüssen oder Gesetzen wird es ausschließlich für fortschrittliche Politik geben - daran werden wir Vorschläge und Initiativen messen.

Wir wissen, was wir in 10 Jahren in Verantwortung einer linksgeführten Landesregierung, insbesondere unsere Minister und unsere Fraktion geleistet haben. Gerade deshalb werden wir uns im Landtag und den Haushaltsverhandlungen dafür einsetzen, dass Dorfkümmerer, Gemeindeschwestern, beitragsfreie Kindergartenjahre oder Investitionen in Krankenhäuser, einen sozialen Arbeitsmarkt, eine gerechte Wirtschaftspolitik oder den nachhaltigen Waldumbau nicht einfach über den Haufen geworfen werden.

Es wird sich zeigen: Es macht einen Unterschied wer regiert und das wissen wir, weil wir Thüringen 2014 in einem schlechten Zustand übernommen haben und unter großen Anstrengungen mehr Lehrkräfte eingestellt oder Auszubildende bei der Polizei gewonnen und damit die Trendwende eingeläutet haben. Ich möchte hier und heute keine Bilanz unserer Regierungsjahre ziehen, aber unterstreichen, dass unser Einsatz für die Menschen im Land – egal in welcher Situation sie gerade sind – nicht endet.

Sie sind unsicher, wie es mit dem Kindergarten vor der Haustür, in der Altenpflege, Ihrem Verein oder an Ihrer Arbeit weitergeht? Wir haben offene Ohren für ihre Anliegen, helfen ihnen konkret weiter und tragen Sie in den Landtag und an die Regierung heran. Das ist weiter unser Anspruch an uns und das, was Sie zurecht von uns erwarten können.

Wir kümmern uns! *Ihr Christian Schaff*

Freiheiten verteidigen und Ungerechtigkeiten abbauen

Noch immer viele Baustellen 34 Jahre nach der Wiedervereinigung

Zum Tag der deutschen Einheit erklärt Christian Schaft, Vorsitzender der Fraktion Die Linke im Thüringer Landtag: „34 Jahre nach der Wiedervereinigung befinden wir uns in einer Zeit, in der Grenzen wieder geschlossen werden, die extreme Rechte aggressiv demokratische Institutionen angreift und Menschen in Sorge um die Zukunft sind. Umso mehr ist dieser Tag daher auch einer, an dem es darum geht, klar und deutlich, die errungenen demokratischen Freiheiten zu verteidigen sowie weiterzuentwickeln und soziale Ungerechtigkeiten endlich abzubauen. Lernen können und müssen Ost und West dabei voneinander und miteinander.“

„Für uns als Linke war und sind immer die soziale Sicherheit und die Wahrung der Würde eines jeden Menschen Maßstab unseres politischen Handelns und daran messen wir auch die Entwicklung seit der Wiedervereinigung. Doch auch im 34. Jahr der deutschen Einheit müssen wir konstatieren, dass es noch immer ein weiter Weg ist, hin zum sozialen und wirtschaftlichen Zusammenwachsen,“ so Schaft weiter.

Deshalb sei es auch ein gutes Signal der Kolleginnen und Kollegen des DGB, die in Mödlareuth an diesem geschichtsträchtigen Tag auf die Straße gehen für eine Einigkeit in Vielfalt und sozialer Sicherheit: „Denn mit Blick auf die Produktivität wird deutlich, dass im gesamtdeutschen Vergleich die Anstrengungen der Beschäftigten in Thüringen nicht belohnt werden. Während die Produktivität in Freistaat in den letzten zehn Jahren enorm gewachsen ist, gerade auch im Vergleich mit den alten Bundesländern, klaffen die Lücken bei Löhnen, der Tarifbindung und Wochenarbeitszeit weiter auseinander. Dabei sind gleichwertige Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt zwingende Voraussetzung für gleich-

wertige Lebensverhältnisse zwischen Ost und West“, unterstreicht der Fraktionsvorsitzende.

Schaft betont aber auch, dass der Gedanke der Wiedervereinigung zu kurz greife, wenn er lediglich als Angleichung des Ostens an den Westen betrachtet werde. Er wünsche sich eine größere gesamtdeutsche Bereitschaft, aus den Lebenserfahrungen der Menschen im Osten zu lernen, denn darin liege eine besondere Chance: „Vom Betreuungsangebot im Kindergarten, gleichstellungspolitischen Errungenschaften, über Modelle für eine wohnortnahe Gesundheitsversorgung bis zu den Lehren aus der wirtschaftlichen Transformation der 1990er Jahre: all das sind Beispiele, wo ich mir mehr gemeinsamen Austausch und Anerkennung auf Augenhöhe wünsche um daraus für unsere Gegenwart zu lernen.“

Ebenso lohnt der Blick auf die Ideen und Gedanken zur Demokratisierung der Gesellschaft, die auf dem Weg zwischen Mauerfall und Wiedervereinigung als Teil der friedlichen Revolution entwickelt wurden, an den runden Tischen oder in vielen verschiedenen oppositionellen Gruppen. Wollen wir rechten Kräften den Boden entziehen, müssen wir soziale Sicherheit und demokratische Teilhabe weiter stärken.“

Ebenso unterstützt der Fraktionsvorsitzende die Mahnung des Ministerpräsidenten Bodo Ramelow mit Mauern abzubauen, statt aufzubauen: „Der Tag der Deutschen Einheit muss uns lehren, dass nicht in neuen Grenzen und höheren Mauern die Zukunft liegt, sondern in einer sozial gerechten Gesellschaft, in der die Menschen keine Angst vor der Zukunft haben müssen“, so Schaft abschließend.

”

Wollen wir rechten Kräften den Boden entziehen, müssen wir soziale Sicherheit und demokratische Teilhabe stärken. Der Tag der Deutschen Einheit muss uns lehren, dass nicht in neuen Grenzen und höheren Mauern die Zukunft liegt, sondern in einer sozial gerechten Gesellschaft.

Christian Schaft

Fraktionsvorsitzender

Die Linke

Fraktion im
Thüringer Landtag



Thüringer Landtag konstituiert

Verfassungsgerichtshof stoppt unwürdige Vorstellung der AfD

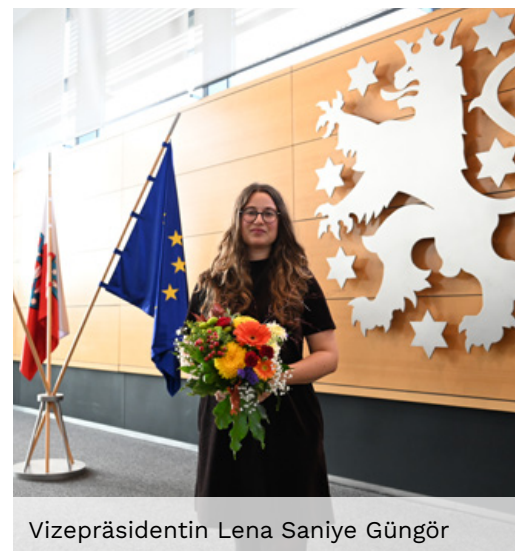
Mit der konstituierenden Sitzung des Landtags hat die AfD erneut bundesweite Aufmerksamkeit für ihren Angriff auf die parlamentarische Demokratie generiert. Nachdem der Alterspräsident aus Reihen der AfD durch Tricks und unter Missachtung der Thüringer Verfassung versucht hat, eine Mehrheit im Parlament und demokratische Abläufe zu blockieren, musste der Thüringer Verfassungsgerichtshof einschreiten und dem geplanten Vorgehen ein Stoppschild setzen. Im Rahmen einer einstweiligen Anordnung stellte der Verfassungsgerichtshof fest, dass der Thüringer Landtag auch bereits vor Wahl des Präsidiums das Recht hat, über die Tagesordnung zu bestimmen. Mit der abwegigen Rechtsauffassung, dass dies nicht der Fall sei, versuchte der Alterspräsident die Parlaments- und Geschäftsautonomie des Landtags zu beschneiden.

Der Vorsitzende der Fraktion Die Linke im Thüringer Landtag, Christian Schaft, bewertet die Gerichtsentscheidung als „wichtiges Signal zum Schutz der Demokratie.“ Weitergehend spricht er sich in diesem Zusammenhang für die Vorbereitung eines Verbotsverfahrens gegen

die AfD aus: „Ihr wahres Gesicht zeigt die AfD und ihr extrem rechtes Umfeld auch durch Verleumdungen und Diffamierungen gegen das Verfassungsgericht. Den gezielten Versuchen zur Zersetzung und Delegitimierung demokratischer Institutionen muss entschieden entgegengetreten werden. Das wiederholte aggressive und antidemokratische Verhalten der AfD liefert fortlaufend neue Argumente für ein solches Verfahren.“

Nachdem das Weimarer Verfassungsorgan dem Angriff von Rechtsaußen ein Ende gesetzt hatte, konnte zwei Tage nach Beginn die konstituierende Sitzung fortgeführt werden. Bei dieser wurde der neue Präsident des Thüringer Landtags, der CDU-Abgeordnete Thadäus König, gewählt. Zum Amtsantritt wählte er klare Worte und betonte den Schutz der Würde eines jeden einzelnen Menschen. Als Vize-Präsidenten auf Vorschlag der Fraktion Die Linke wurde Lena Saniye Güngör gewählt. Die Abgeordnete gehört seit 2019 dem Thüringer Landtag an und hat zuletzt das Direktmandat im Wahlkreis Jena II errungen. In der Vergangenheit hat sie sich besonders als Arbeits- und Gewerkschaftspolitikerin profiliert und als Vorsitzende der Rosa Luxemburg Stiftung Thüringen sowie als stellvertretende Vorsitzende der Bundesstiftung engagiert. Mit der Abgeordnete Lena Saniye Güngör zieht erstmals eine junge Frau mit Migrationshintergrund in den

Vorstand des Landtags ein. Christian Schaft bewertet dies als starkes Zeichen für Vielfalt und ein sozial gerechtes Thüringen: „Lena Saniye Güngör steht ein für eine solidarische Gesellschaft, die sich klar gegen Spaltung, Hass und Diskriminierung positioniert.“ Gemeinsam mit Thadäus König und den weiteren neu gewählten Vize-Präsident:innen Cornelia Urban und Steffen Quasebarth, denen die Fraktion Die Linke gratuliert, ist es nun Lena Saniye Güngörs Aufgabe, die Sitzungen des Thüringer Landtags zu leiten und unter schwierigen Bedingungen zu moderieren. Den hohen Stellenwert dessen unterstreicht Christian Schaft: „Was Thüringen braucht, ist eine soziale Politik – dafür muss der Landtag seine Arbeit vollumfänglich aufnehmen können.“



Vizepräsidentin Lena Saniye Güngör

„Wundertüte Thüringen“

Ein Kommentar von Bodo Ramelow zu den Vorgängen im Landtag

Die turbulenten Ereignisse um die konstituierende Sitzung des Thüringer Landtags haben in den vergangenen Wochen politische und rechtliche Wellen geschlagen. Besonders die kontroverse Rolle des Alterspräsidenten sorgte für Diskussionen, die bis vor den Thüringer Verfassungsgerichtshof führten. Wie die Entscheidungen des Gerichts und die Reaktionen darauf den politischen Alltag im Land beeinflusst haben, analysiert Bodo Ramelow in seinem Tagebucheintrag.

Die donnerstägliche Theaterrückführung der AfD endete vor dem Thüringer Verfassungsgerichtshof, da die CDU (unterstützt von BSW, SPD und LINKE.) eine einstweilige Anordnung gegen Alterspräsident Treutler erwirken wollte. Der Freitag war folgerichtig gespickt mit Sonderfraktionssitzungen und Gesprächen zum weiteren Vorgehen. Am Abend schließlich gute Nachrichten aus Weimar: die Verfassungsrichter haben der CDU in allen wesentlichen Punkten Recht gegeben – und damit auch uns, die wir Mitklagende waren.

Das Landesverfassungsgericht hat einstimmig entschieden, dass die Eingriffe des AfD-Alterspräsidenten in das Selbstorganisationsrecht des Parlamentes – die Nicht-Abstimmung von Anträgen, die Drohung mit Entzug des Rederechts, die Nicht-Feststellung des Zusammentritts des Landtags – unzulässig waren.

Die Funktion des Alterspräsidenten ist im Kern zeremonieller Natur. Er ist der (eben zufällig) an Lebensjahren älteste Abgeordnete, der die konstituierende Sitzung eröffnet, die Namen der Abgeordneten aufzurufen und die Wahl des Landtagspräsidenten zu leiten hat. Seine Kompetenzen sind dabei aber nicht diejenigen des hohen Verfassungsorgans „Landtagspräsident“. [...]

Während die vorherige Präsidentin, Birgit Pommer, mit dem Zusammenritt des neuen Landtags formal

und praktisch bereits nicht mehr im Amt war, provozierte das Agieren des Alterspräsidenten Treutler die Verschleppung der Wahl eines neuen Präsidenten und damit eine Interimssituation, die so nicht vorgesehen ist.

Deswegen hat der Verfassungsgerichtshof am Freitag in einer Dringlichkeitssitzung umgehend entschieden und bis Freitagabend für Klarheit gesorgt, so dass am Samstagmorgen das Parlament zusammentreten konnte und – Wunder gibt es offensichtlich ja immer wieder – Herr Treutler verkündete, er sei nunmehr gewillt, sich an das Urteil des Verfassungsgerichtes zu halten.



Die Linke Fraktion im Thüringer Landtag

Ebenso erstaunlich wie bezeichnet fand ich, dass zuallererst der parlamentarische Geschäftsführer der AfD, Torben Braga, an den Tisch aller parlamentarischen Geschäftsführer trat, um mitzuteilen, dass der Alterspräsident gedenke, das Urteil umzusetzen. Interessant deshalb, weil eigentlich die Funktion des Alterspräsidenten (parteipolitisch) neutral auszufüllen sein sollte. Diese Neutralität war freilich schon am Donnerstag erkennbar missbraucht worden durch die permanente Assistenz Herrn Bragas (AfD) einerseits und Herrn Möllers (AfD) andererseits, die dem Alterspräsidenten einflüsterten, was er als nächstes zu tun habe. Das war das Gegenteil von Neutralität, bedenkt man, dass die Landtagsverwaltung ausschließlich für die konstituierende Sitzung

einen Rollenplan ausarbeitet und vorlegt, der den Alterspräsidenten sicher und vor allem jenseits parteipolitischer Erwägungen durch die Sitzung leiten soll.

Dieser Rollenplan liegt immer allen parlamentarischen Geschäftsführern vorher vor, war also auch der AfD bekannt. Im Vorfeld der Sitzung gab es überdies eine ausführliche Besprechung zu genau diesem Rollenplan der Landtagsverwaltung mit Herrn Treutler, in der bereits klar wurde, dass die AfD sich an die skizzierte Vorgehensweise nicht zu halten gedenke.

Auch die von Herrn Treutler gehaltene Eröffnungsrede war nicht mehr als eine Aneinanderreihung von AfD-Propaganda-Textbausteinen und eines Alterspräsidenten vollkommen unwürdig. [...]

Am Samstag vollzogen sich dann die Abstimmungen sehr rasch. Die Tagesordnung wurde mit großer Mehrheit festgestellt, der Namensaufruf durchgeführt und auch die Geschäftsordnung beschlossen, wobei in letztgenanntem Punkt die AfD andere Auffassungen vertrat. Das ist grundsätzlich erst einmal legitim und man kann durchaus verstehen, warum die stärkste Fraktion darauf besteht, auch den Parlamentspräsidenten zu stellen. Im konkreten Fall allerdings ging es der AfD nach meinem Dafürhalten aber einzig um Provokation, indem Sie mit Wiebke Muhsal eine Person als Kandidatin nominierte, die rechtskräftig wegen Betrugs am Landtag zu einer hohen Geldstrafe verurteilt wurde. Für mich war es von Anfang an unvorstellbar, jemandem zum Landtagspräsidenten zu wählen, der das Parlament in dieser Weise missachtete und missbrauchte.

Insoweit war die Debatte um die Änderung der Geschäftsordnung bitter notwendig und wurde mit Mehrheit beschlossen. Das ist Demokratie. Schließlich wurde mit Thadäus König ein sehr angesehener CDU-Abgeordneter aus dem Eichsfeld zum Landtagspräsidenten gewählt.



Den gesamten Beitrag finden Sie im Tagebuch von Bodo Ramelow: www.bodo-ramelow.de



Ulrike aus der kleinen Stadt

Die in Weimar direkt gewählte Abgeordnete Grosse-Röthig stellt sich vor

Steckbrief Ulrike Grosse-Röthig

■ **Wahlkreis:** Weimar

■ **Sprecherin für:** Bildung und Justiz

■ **Ehrenamt:** Co-Vorsitzende Die Linke Thüringen, stellvertretende Landesvorsitzende AWO, ehem. Kreis-, Landes- und Bundeselternsprecherin für Kindergärten, Mitglied im Gemeindevorstand und Finanzausschuss der Kreissynode, Berufene Bürgerin im Finanzausschuss Stadt Weimar

■ **Beruf:** Rechtsanwältin

■ **Hobby:** Marmelade kochen

■ **Lieblingsbuch:** Effi Briest

Wer in den letzten Jahren mit mir ins Gespräch kam, konnte bereits erfahren, dass das Thema Kindergärten eine meiner größten Leidenschaften ist. Mein Herz schlägt für diese erste Bildungseinrichtung für Kinder. Ich stehe nicht nur für den Erfolg unserer Politik der Beitragsfreiheit und für Thüringen als Ursprungsland der Kindergärten, sondern habe auch im Ehrenamt als Kreis-, Landes- und Bundeselternsprecherin die Interessen der Jüngsten und ihrer Familien vertreten. Umso mehr freut es mich, nun als bildungspolitische Sprecherin der Fraktion Die Linke im Thüringer Landtag aktiv an der Gestaltung eines solidarischen Bildungssystems mitzuwirken. Trotz der Erfolge der vergange-

nen Jahre gibt es weiterhin großes Veränderungspotenzial, das ich entschlossen angehen möchte: Im Vordergrund steht die Ausweitung der Beitragsfreiheit für den Kindergartenbesuch zunächst auf das dritte Jahr und perspektivisch auf die gesamte Kindergartenzeit. Kostenfreie Bildung ist nicht nur eine zentrale Forderung unserer Politik, sondern die Grundlage für einen gelungenen Start in ein selbstbestimmtes Leben.

Qualifizierte Erzieher:innen leisten hierbei einen unschätzbaren Beitrag, indem sie unsere Kinder begleiten. Um diese wichtige Arbeit angemessen zu würdigen, müssen ihre Gehälter steigen und ihre Arbeitsbedingungen verbessert werden. Mit der Einführung der praxisintegrierten Ausbildung neben der Regelausbildung in Vollzeit haben wir bereits den Berufseinstieg erleichtert. Aber auch die Träger von Kindertageseinrichtungen müssen wir stärker in den Blick nehmen. Trägerqualität ist in der frühkindlichen Bildung ein bisher unterbelichtetes Thema und hat großes Potenzial zur Verbesserung der Qualität unserer Kindergärten. Aus politischer Überzeugung und um der sozialen Spaltung entgegenzuwirken, werde ich mich außerdem für bessere Voraussetzungen in den Bereichen Inklusion und Barrierefreiheit einsetzen. Nur so können wir den individuellen Bedürfnissen aller Kinder gerecht werden und den Bildungsanspruch verwirklichen.

Auch Schulkinder haben Anspruch auf die qualitativ beste Bildung und individuelle Förderung. Das Schulsystem stellt uns jedoch vor noch größere Herausforderungen, denen ich mit demselben Engagement begegnen werde. Es ist gut, dass wir in den letzten Jahren kreativ mit dem Lehrkräftemangel

umgegangen sind, doch auch zukünftig müssen wir den Bedürfnissen der Schüler:innen und Schulen gerecht werden. Eine Reform des Lehramtsstudiums soll längeres gemeinsames Lernen fördern, indem Lehrkräfte künftig nach Schulstufen statt nach Schularten ausgebildet werden. Ich werde mich auch dafür einsetzen, dass wir die Energie des erfolgreichen Starts des Dualen Lehramtsstudiums nutzen und das Modell ausbauen. Längeres gemeinsames Lernen in einem flächendeckenden Netz von Gemeinschaftsschulen muss unser Ziel sein. Verwaltungsassistenzen müssen zukünftig in jeder Schule Lehrkräfte von administrativen Aufgaben entlasten. All diese Maßnahmen sind auf eine langfristige, stabile Entwicklung der Thüringer Schulen ausgerichtet, und dabei darf auch der bauliche Aspekt der Schulsanierung nicht vernachlässigt werden. Durch die bereits priorisierte Umsetzung von Schulinvestitionsprogrammen wollen wir entgegen dem Bundestrend des Investitionsstaus die Substanz unserer Schulen erhalten und ein gesundes und angenehmes Lernumfeld schaffen.

Schließlich werde ich mich als Abgeordnete auch dem Themenfeld der Justizpolitik widmen, denn als Rechtsanwältin stehe ich täglich im Kontakt mit Rechtssuchenden und bin überzeugt, dass linke Jus-

tizpolitik weit vor dem Gerichtssaal beginnt: Je wirkungsvoller unser Sozialstaat ist und je besser die außergerichtlichen Mechanismen zur Konfliktlösung sind, desto seltener muss die Justiz eingreifen. Wenn dies jedoch erforderlich wird, ist eine unabhängige, zugängliche und effiziente Justiz umso wichtiger. Eine zukunftsorientierte Justizpolitik umfasst für mich daher die Digitalisierung, die Neueinstellung junger Richter:innen zum Ausgleich der Pensionierungswelle sowie den Ausbau von Unabhängigkeit und Transparenz der Justiz. Wir wollen auch die Richter:innen, die bereits länger im Amt sind, weiterqualifizieren, insbesondere im Familien- und Betreuungsrecht sowie im Bereich häuslicher Gewalt. Zudem möchte ich den Täter-Opfer-Ausgleich stärken, da ich ihn für ein wirksames Instrument zur Bewältigung der Folgen von Straftaten und zur Förderung einer nachhaltigen Resozialisierung halte.

Ich freue mich darauf, nun auch als Parlamentarierin die Zukunft Thüringens zu gestalten. Nachdem wir in den letzten zehn Jahren bereits viele Verbesserungen für das Land herbeiführen konnten und eine stabile Entwicklung erreicht haben, motivieren mich diese Erfolge genauso wie die anstehenden Herausforderungen.

Ihre Ulrike Grosse-Röthig





Aus der Lichtstadt in den Landtag

Der in Jena direkt gewählte Abgeordnete Jens Thomas stellt sich vor

Steckbrief Jens Thomas

■ **Wahlkreis:** Jena I

■ **Sprecher für:** Umwelt, Energie, Klima, Verbraucherschutz und Petitionen

■ **Ehrenamt:** seit 2011 (mit Unterbrechung 2020-21) Vorsitzender der Jenaer LINKEN und seit 2004 Mitglied des Jenaer Stadtrats, 2014-24 Stadtratsvorsitzender

■ **Beruf:** Wahlkreismitarbeiter

■ **Hobbies:** Kommunalpolitik

■ **Lieblingsbuch:** Hundert Jahre Einsamkeit

Ich bin mit dem Ziel angetreten, Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit konsequent miteinander zu denken und deshalb freue ich mich sehr, diese Themen in Zukunft in der 8. Legislaturperiode des Thüringer Landtags bearbeiten zu können. Für mich wird der konsequente Ausbau der erneuerbaren Energien wie Solar-, Wind-, Wasser- und Erdwärme im Fokus stehen. Und dabei sind mir die dezentrale Energieversorgung durch Bürgerenergieprojekte und die Förderung der lokalen Wirtschaft besonders wichtig. Als Sprecher für Verbraucherschutz und Petitionen möchte ich deshalb auch eng mit der Verbraucherzentrale und den Beratungsstellen zusammenarbeiten, damit wir die Belange der Energiekund:innen immer im Blick haben. Als Fraktion ist es unser Ziel, energieintensive

Unternehmen in Thüringen halten zu können, indem wir sie beim Umstieg auf erneuerbare Energien gezielt unterstützen. Gleichzeitig muss die Energiewende für die Bürgerinnen und Bürger sozial verträglich gestaltet werden.

Die dezentrale Energieerzeugung, insbesondere durch Energiegenossenschaften, wollen wir weiter fördern. Zudem soll es mehr Unterstützung für Eigenheimbesitzer und kleinere Genossenschaften geben, um finanzielle Hürden bei der Umsetzung zu überwinden.

Ein weiterer Arbeitsschwerpunkt wird auf der Stärkung der Forschung und Ausbildung in den Bereichen erneuerbare Energien und Energieeffizienz liegen, um qualifizierte Fachkräfte für die Energiewirtschaft zu sichern. Auch die Wärmewende soll durch Stadtwerke und kommunale Träger vorangetrieben werden, um die Kosten für Haushalte zu senken

und die Dekarbonisierung zu fördern.

Unsere landeseigene Energiepolitik wollen wir durch den Ausbau öffentlicher Energienetze und die Rekommunalisierung der Energieproduktion stärken, sowie es schon mit der TEAG gelungen ist. Wir wollen Thüringen zu 100 % aus erneuerbaren Energiequellen versorgen und die Wertschöpfung soll in der Region bleiben.

Denn uns wird die Energiewende nur gelingen, wenn wir sie sozial gerecht gestalten, damit Menschen mit niedrigem Haushaltseinkommen technologisch nicht abgehängt werden.

Dritte wichtige Aufgabe im Parlament wird für mich die Petitionen sein. Sie ist deshalb so wichtig, weil sie es den Menschen in Thürin-

gen ermöglicht, sich direkt an den Landtag zu wenden, um Anliegen, Beschwerden oder Vorschläge zur Verbesserung der Landespolitik vorzubringen. Es ist ein zentrales demokratisches Instrument, welches politische Teilhabe fördert und den Dialog zwischen Bevölkerung und Regierung stärkt. Durch Petitionen können Missstände aufgezeigt und Änderungen angestoßen werden, auch wenn sie von Einzelpersonen oder Minderheiten stammen. Dieses Recht trägt zur Transparenz und Rechenschaftspflicht der Politik bei, da der Landtag verpflichtet ist, jede Petition zu prüfen und darauf zu reagieren. So wird sichergestellt, dass die Stimmen der Bürger in die politische Entscheidungsfindung einfließen und ihre Anliegen Gehör finden.

Ihr Jens Thomas



Jens Thomas bei seiner ersten Plenarsitzung im Thüringer Landtag

Energiepolitik

Was wir umsetzen wollen:

- Den Ausbau von Nah- und Fernwärmenetzen, die auf erneuerbaren Energiequellen basieren.
- Die Installation von Solaranlagen auf ungenutzten Flächen wie Dächern und Autobahnrändern.
- Die Förderung von Energiespeichern (z.B. Batterien, Pumpspeicher) zur Stärkung der Versorgungssicherheit.
- Die Unterstützung energieintensiver Industrien beim Umstieg auf erneuerbare Energien, um Kosten zu reduzieren und klimaneutral zu wirtschaften.
- Ein Transformationsfonds zur klimagerechten Erneuerung der Infrastruktur.
- Windenergiebeteiligung ausbauen



Kinderrechte ins Grundgesetz! Weltkindertag als Tag im Zeichen der Kinderrechte

Seit 2019 ist der 20. September dank uns, SPD und Grünen ein zusätzlicher gesetzlicher Feiertag für die Menschen im Freistaat. Weil die Eltern frei haben, gibt er Familien die Möglichkeit, gemeinsam Zeit zu verbringen. „So rückt dieser Tag die Interessen und Bedürfnisse von Kindern in den Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit“, freut sich Linda Stark, Sprecherin für Kinder- und Jugendpolitik der Fraktion Die Linke im Thüringer Landtag. Der Kindertag stehe für die besonders schützenswerten Bedürfnisse von Kindern sowie ihre sozialen und politischen Rechte. „Kinder müssen in unserer Gesellschaft ernst genommen und aktiv in Entscheidungen einbezogen werden. Unser Leitsatz lautet: ‚Kinder fördern, Familien entlasten.‘ Konkret bedeutet das: Wir setzen uns für kostenfreie Bildung und Betreuung ein, da gute Bildung die Grundlage für ein selbstbestimmtes Leben ist“, betont die Abgeordnete.

„Familien brauchen einen unkomplizierten Schutz vor Armut. Eine umfassende Kindergrundsicherung schafft die Basis für ein gutes Leben für alle Kinder. Dafür kämpfen wir weiterhin“, so Linda Stark.

Thüringenweit nutzen Vereine, Eltern, Kindergärten und Schulen diesen Tag, um den Kindern einen besonderen und unvergesslichen Tag zu bereiten. Auch die Abgeordneten

Bodo Ramelow nutze die Gelegenheit, auf die Entstehung des Tages und seine Bedeutung hinzuweisen: „Der 20. September ist nicht nur seit 70 Jahren Weltkindertag. Vor fünf Jahren hat Thüringen als erstes und bislang einziges Land den Weltkindertag zum gesetzlichen Feiertag gemacht. Darauf sind wir stolz. Doch klar ist auch: Wir werden noch viele Jahre für Kinderrechte streiten müs-

„Wir in Thüringen haben in der Vergangenheit viel für Kinder und Familien getan. Und wir wollen weiterhin stets das Beste für sie bewirken.“

Bodo Ramelow

unserer Fraktion beteiligten sich mit Infoständen an den Festivitäten, verteilten Popcorn und versorgten die Eltern mit Informationen zur politischen Lage und unseren Lösungsansätzen.

In Erfurt wurde dieser Tag zum Anlass genommen, den Erfurter Hirschgarten öffentlichkeitswirksam zum „Platz der Kinderrechte“ umzubenennen und so die Belange der Kinder, fortan für alle Passantinnen und Passanten sichtbar, ins Blickfeld zu rücken.

sen – weil sie lange nicht selbstverständlich sind. Wir in Thüringen haben in der Vergangenheit viel für Kinder und Familien getan. Und wir wollen weiterhin stets das Beste für sie bewirken: in der Bildung, gegen Diskriminierung, in der Klimapolitik oder im Jugendschutz. Damit alle unsere Jüngsten glücklich aufwachsen und gut vorbereitet ins Leben starten können. Jedes Kind muss uns gleich viel wert sein.“

Unsere Partei hat sich im Regierungsprogramm große Schritte vorgenommen und in der Fraktion arbeiten wir jetzt mit parlamentarischen Initiativen daran, dass unsere Kinder, Enkelkinder, Freunde und Verwandte mit unserer Fraktion im Thüringer Landtag eine laute Stimme haben!



Raus aus der Sackgasse: Investitionsanreize statt Schuldenbremse

Bedingt durch Sparziele und Schuldenbremse investiert Deutschland seit Jahrzehnten zu wenig in Infrastruktur und Daseinsvorsorge. Marode Infrastruktur, der desolate Zustand der Deutschen Bahn und ein schleppender Aus- und Umbau der Energiewende sind das Ergebnis. Wie ein Mahnmal für dieses strukturelle Investitionsdefizit gilt die eingestürzte Carolabrücke in Dresden. Dazu erklärt Andreas Schubert, wirtschaftspolitischer Sprecher der Fraktion Die Linke im Thüringer Landtag:

„Mit Lindner auf der Bremse führt uns die selbsternannte Fortschrittskoalition in Berlin immer tiefer in die Krise - Deutschland ist Schlusslicht der G7 beim Wirtschaftswachstum. Die Schuldenbremse ist eine Zukunftsbremse, die unseren Kindern ein kaputtes Land hinterlässt. Deshalb muss uns der Einsturz der Carolabrücke in Dresden eine Lehre sein. Die Schuldenbremse muss endlich aus der Verfassung gestrichen werden. Wirtschaftsweise und

Verbandsvertreter fordern längst unisono eine Umkehr aus der ideologischen Sackgasse. Stattdessen wird an der schwarzen Null festgehalten. So wird die Zukunft des Wirtschaftsstandorts, und damit der Arbeitsplätze, leichtfertig verspielt.“

Schubert kritisiert: „Die Ampel könnte mangels eigener Ideen ja zumindest bei anderen abschreiben und wie z.B. in den USA ein Konjunkturprogramm für Dekarbonisierung (Inflation Reduction Act) auflegen. Auch unser Land braucht endlich wirksame Konjunkturimpulse statt wohlklingender Beruhigungspillen à la Wachstumsbeschleunigungsgesetz. Ein Investitionsförderprogramm für energetische Sanierung, z.B. für alle Gebäude in öffentlicher Hand, wäre gut für den Klimaschutz, die Betriebskosten und die Baukonjunktur. Auch dafür hatte Die Linke schon vor 2 Jahren ein Sondervermögen in Höhe von 100 Milliarden Euro vorgeschlagen. Es geht um verlässliche Rahmenbedingungen und Investitionsanreize, um endlich unser



Land zu modernisieren. Wie man Investitionsanreize organisiert, haben wir in Thüringen mit der Eigenkapitalaufstockung der Thüringer Aufbaubank (TAB) inklusive der Erweiterung des Aufgabenspektrums um das Thema Dekarbonisierung vorgebracht.“

Rentenpaket II der Bundesregierung: Rente muss Armut im Alter verhindern

Die aktuelle Debatte um das sogenannte Rentenpaket II kommentiert Katja Maurer, stellvertretende Fraktionsvorsitzende und sozialpolitische Sprecherin der Fraktion Die Linke im Thüringer Landtag, äußerst kritisch:

„Das geplante Rentenpaket II von der Bundesregierung zeugt von sozialer Kälte und ist kein effektives Mittel, um vor Altersarmut zu schützen. Das Rentenniveau auf 48 Prozent einzufrieren und dies als einen Fortschritt zu verkaufen, grenzt an Realitätsverweigerung. Noch Anfang der 2000er lag das Rentenniveau bei 53 Prozent. Und hier müssen wir anknüpfen. Das ist möglich, wenn wir eine Reform der Rentenversicherung angehen, deren Ziel es ist, das ausnahmslos alle einzahlen.“

Ergänzt wird das Einfrieren des Rentenniveaus durch ein sogenanntes

Generationenkapital erklärt Maurer und führt weiter aus: „Gemeint sind damit insgesamt bis zu 200 Milliarden Euro, die in den kommenden Jahren bis 2035 durch die Bundesregierung fürs Zocken an der Börse zur Verfügung gestellt werden, in der Hoffnung hiermit Rendite zu erzielen. In Zeiten wachsender Altersarmut ist diese politische Entscheidung ein Frevel, der seinesgleichen sucht. Mit Steuergeldern spielt man nicht auf dem Aktienmarkt. Darum Hände weg von Börsenspekulationen mit Steuergeldern!“

„Eine Rente muss fürs Leben reichen und Armut im Alter verhindern. Um dieses Ziel zu erreichen braucht es eine richtige Rentenreform und keine halbherzigen Weichenstellungen. Stattdessen Rentenniveau rauf auf 53 Prozent, eine solidarische Mindestrente in Höhe

von 1.250 Euro und eine Rentenversicherung von allen für alle“, schließt die Abgeordnete ab.



Wie viel Umverteilung ist der Politik unsere Gesundheit wert?

Ein Kommentar von Lena Saniye Güngör

Aktuellen Medienberichten zufolge sollen die Beiträge zur Krankenversicherung im kommenden Jahr noch weiter steigen. Vertretungen der Kassen sprechen bereits jetzt von Beitragssätzen von bis zu 17 Prozent für gesetzlich Versicherte.

Die abermalige Ankündigung höherer Krankenkassenbeiträge ist Ausdruck der verfehlten Finanzierungspolitik der Bundesregierung zu Lasten aller gesetzlich Versicherten. Denn die Steigerung dient unter anderem zur Deckung der Kosten der Krankenhausreform. Statt Steuermittel einzusetzen, greift der Staat nun auf die Beiträge der gesetzlichen Krankenversicherung zurück, wäh-

rend die private Krankenversicherung weiterhin freiwillig zur Finanzierung beitragen darf. Das ist nicht nur unsolidarisch und ungerecht, sondern auch Ausdruck der vorherrschenden Zwei-Klassen-Medizin.

Es gibt bessere Wege

Die geplante Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze von 62.100 auf 66.144 jährlichen Bruttoverdienst im nächsten Jahr – die Einkommensgrenze, bis zu der Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung eingezahlt werden – federt nur die offensichtlichen finanziellen Schief lagen ab, reicht aber nicht für eine auskömmliche Finanzierung. Stattdessen müsste diese Grenze komplett abgeschafft werden, kombiniert mit einer Verringerung der Beitragssätze für Menschen mit ge-

ringen und mittleren Einkommen. Das wäre eine solidarische und gerechte Lösung, bei der die Lasten auf die finanziell stärksten Schultern verteilt. Die Bundesregierung zeigt sich jedoch weiterhin unwillig, dieses Problem anzugehen.

Solidargemeinschaft entlasten

Gesundheitsminister Lauterbach handelt nicht und versäumt es erneut, die bestehende Ungerechtigkeit zu beheben. Stattdessen wird die Solidargemeinschaft jedes Jahr weiter belastet – besonders die Menschen mit geringen und mittleren Einkommen, die nicht nur einen Teil ihres Einkommens für die Versicherungsbeiträge aufbringen wie Besserverdienende, sondern auf ihr gesamtes Einkommen Beiträge abgeben müssen.



Impressum

Herausgeberin:
Die Linke Fraktion im Thüringer Landtag
Jürgen-Fuchs-Straße 1, 99096 Erfurt

Redaktion: Lukas Krause, Paul Becker,
Sönke von der Ahe, V.i.S.d.P.: Olaf Weichler

Telefon: 0361 377-2620
E-Mail: weichler@die-linke-thl.de
Web: www.die-linke-thl.de

Redaktionsschluss: 11. Oktober 2024